

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

Den Niedriglohnsektor zurückdrängen - Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterstützen

Rede vom 14. März 2013, 4. Sitzung, Tagesordnungspunkt 20
Erste Beratung

Den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen finden Sie in der Drucksache [17/28](#) .

Weitere Redner waren:

Ronald Schminke (SPD), Thomas Schremmer (GRÜNE), Dirk Toepffer (CDU), Karl-Heinz Bley (CDU) und Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Als nächster Rednerin erteile ich für die FDP-Fraktion der Kollegin Gabriela König das Wort. Bitte schön, Frau König!

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schminke, das war eine sehr schöne Gewerkschaftsrede - aber die sollte normalerweise nicht im Landtag gehalten werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie schreiben in Ihrem Antrag, der Niedriglohn habe sich in letzten Jahren rasant ausgedehnt. Ich weiß nicht, woher Sie diese Zahlen nehmen.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Das war schon die letzten fünf Jahre Ihr Problem, dass Sie nicht erkannt haben, was hier passiert!)

Fakt ist, der Anteil der sogenannten atypisch Beschäftigten der Teilzeitarbeiter, befristeten Beschäftigten, Zeitarbeitern und Minijobbern an allen abhängigen Beschäftigten liegt seit 2005 stabil bei 25 %. Normalarbeitsverhältnisse werden dadurch überhaupt nicht verdrängt. Die Arbeitslosigkeit hat sich hingegen stark verringert, und die Aufstiegslöhne reichen damit in sehr vielen Bereichen bereits weit über Ihre Forderungen eines Mindestlohnes hinaus. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei der FDP)

Gabriela König MdL, Den Niedriglohnsektor zurückdrängen - Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterstützen, 4. Sitzung, Tagesordnungspunkt 20, Erste Beratung

Die Internationale Arbeitsorganisation ILO bescheinigt Deutschland eine der erfolgreichsten Arbeitsmarktentwicklungen weltweit. Nicht nur das Volumen der Beschäftigung ist gestiegen, auch die Struktur hat sich verbessert. Unfreiwillige Teilzeit und unfreiwillige Befristung sind rückläufig.

(Jörg Bode [FDP]: Aha!)

Laut Verdienststrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes stieg der Durchschnittslohn zwischen 2006 und 2010 von 9,90 Euro auf 10,36 Euro.

(Zurufe bei der SPD und bei den GRÜNEN: Oh!)

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist seit 2007 um 40 % gesunken. 2012 sank sie von 1,7 Millionen auf 1 Millionen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Was das bedeutet? - Es ist immer besser, Arbeit zu haben, als die Zeit ohne Arbeit und ausgeschlossen vom gesellschaftlichen Leben zu fristen.

(Beifall bei der FDP)

Unsere vordringlichste Aufgabe muss doch wohl sein, in allen Teilen des Landes Vollbeschäftigung zu erlangen und aus den Einstiegsgehältern der Ungelernten so schnell wie möglich Aufstiegsgehältern zu erzeugen.

(Jörg Bode [FDP]: Genau!)

Das kann man aber nicht mit einem flächendeckenden, allgemeinverbindlichen gesetzlichen Mindestlohn. Und Sie wissen nur zu gut: Das will auch die Mehrheit der Gewerkschaftler nicht - jedenfalls wenn ich mit denen rede.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Ja, das ist interessant.

Selbst Herr Steinbrück hat den gesetzlichen Mindestlohn 2006 noch vehement abgelehnt. Mit dieser Forderung kommen die Langzeitarbeitslosen und die Unqualifizierten nämlich gar nicht erst in Arbeit. Ganz im Gegenteil: Sie vernichten sogar Arbeitsplätze damit. Außerdem schwächen Sie die Tarifautonomie, was ich für sehr gefährlich halte. Haben Sie sich noch nie gefragt, warum einige Unternehmen aus der Tarifautonomie ausgestiegen sind?

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Ich kann Ihnen das erklären. Einige Unternehmen konnten die sehr hoch gesteckten Lohnforderungen nämlich teilweise gar nicht mehr erfüllen. Zur Wahl stehen entweder Entlassungen oder Insolvenz des Unternehmens. Beides heißt: Arbeitsplätze gehen verloren. Was würden Sie denn da tun? Jetzt sind Sie still.

(Lachen bei der SPD)

Besonders für arbeitslose und gering qualifizierte Jugendliche ist ein Zugang zum Arbeitsmarkt sehr wichtig. Hier sind der Einstieg und der Aufstieg auch sozial von Bedeutung. Ansonsten besteht die Gefahr, die Arbeitslosenzahlen der unter 25 Jährigen unserer europäischen Nachbarn zu bekommen. Das wissen auch Sie. Sie liegen nämlich in Skandinavien selbst dort über 20 % und in den anderen Krisenländern bei bis zu 50 %. Überlegen Sie sich das einmal. Wollen Sie da gerne hin? Auch wir Liberale sind gegen Dumpinggehältern und sittenwidrige Gehältern.

(Lachen bei der SPD)

Gabriela König MdL, Den Niedriglohnsektor zurückdrängen - Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterstützen, 4. Sitzung, Tagesordnungspunkt 20, Erste Beratung

Dagegen muss man auch vorgehen. Wir müssen soziale Verwerfungen auffangen. Das ist aber keineswegs mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn möglich. Sie bestehen insbesondere in Bereichen der funktionierenden Tarif-partnerschaften und bei Unternehmen, die beispielsweise über Werkverträge Regelungen bewusst umgehen. Hier müssen wir ansetzen, unsere Instrumente prüfen. Das kann eine Regelung im Wirtschaftsrecht. Wenn es um Lohnuntergrenzen geht, gibt es viele Stellschrauben, die als Weg zur Verfügung stehen. Möglich wäre etwa ein Arbeitnehmerentsendegesetz oder ein Mindestarbeitsbedingungengesetz, um einen Vergleichslohn zu erwirken, der dann auch vom Staat kontrolliert werden sollte.

(Glocke des Präsidenten)

Es ist jedoch falsch zu glauben, dass es ein flächendeckender allgemein verbindlicher gesetzlicher Mindestlohn sein soll. Ich spreche Ihnen auch ab, dass Sie in jeder Branche genau das Richtige tun, was dort eigentlich gefordert ist. Das können Sie gar nicht wissen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen, weil Sie schon eine halbe Minute überzogen haben.

Gabriela König (FDP):

Okay. - Ich will Ihnen noch eines sagen. Altersarmut lässt sich mit diesem Lohn überhaupt nicht bekämpfen. Dann müssten Sie 14,40 Euro fordern, und das ist selbst für Sie ein bisschen zu hoch gegriffen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Am Ende der Beratung erfolgte eine Ausschussüberweisung:

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, da die Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Augenblick im Präsidium neben mir sitzt, bittet sie mich, zu erklären, dass am 12. April eine reguläre Sitzung stattfindet, in der dieser Tagesordnungspunkt behandelt wird.

Jetzt hat Herr Schminke das Wort zu einer Kurzintervention.

(Ronald Schminke [SPD]: Hat sich erledigt!)

- Damit hat sich die Kurzintervention des Kollegen Schminke erledigt. Es ist klargestellt, dass dieser Punkt auf der Tagesordnung der Sitzung am 12. April steht.

Ich stelle fest, dass zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen und ich damit die Aussprache beenden kann.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, mit diesem Antrag federführend den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und mitberatend den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu befassen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist eine ausreichende Zahl von Abgeordneten. Ich lasse immer nur in dieser Form abstimmen; denn, wie Sie wissen, brauchen wir 30 Stimmen für eine Ausschussüberweisung. Da gibt es keine Gegenstimmen und Enthaltungen. Wenn das Quorum erreicht ist, ist das so beschlossen, und das ist der Fall.